bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD LAND BREMEN

CLAUDIA BOGEDAN UND SASCHA KAROLIN AULEPP – ZWEI STARKE FRAUEN VOR NEUEN AUFGABEN

Unsere Senatorin für Kinder und Bildung, Claudia Bogedan, hat erklärt, dass sie ihr Senatsamt zum Ende des Schul- und Kitajahres 2020/21 aufgibt: „Mir fällt dieser Schritt nicht leicht, denn ich habe meine Arbeit in den vergangenen sechs Jahren immer gerne und leidenschaftlich gemacht. Doch es bietet sich mir nun die Möglichkeit, mich noch einmal beruflich zu verändern. Diese Chance möchte ich sehr gerne ergreifen." Zum 1. September 2021 wird sie die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung, dem Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes, übernehmen. Bilanzierend sagte **Claudia Bogedan**: „In den letzten Jahren konnten wir in unserem Land in Kitas, Schule, Aus- und Weiterbildung vieles positiv bewegen. Und trotz Pandemie konnten auch in der laufenden Legislaturperiode zentrale Regierungsvorhaben vorangebracht werden. Es entstehen neue Kitaplätze und neue Schulbauten sind auf den Weg gebracht, die Schulsozialarbeit wurde gestärkt genauso wie die Ausstattung von Kitas in schwierigem Umfeld. Zum kommenden Schuljahr setzen wir die Doppelbesetzung in Grundschulen um und führen eine neue, vergütete Erzieher:innen-Ausbildung ein."

Dank, Respekt und Verständnis: Claudia Bogedan hat in den vergangenen sechs Jahren ein enormes Engagement gezeigt, sie war mit ganzer Leidenschaft dabei und hat viel erreicht. Dies zeigen auch die Reaktionen: Bürgermeister **Andreas Bovenschulte,** Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen: „Bremen verliert mit Claudia Bogedan eine Bildungssenatorin, die sich in den vergangenen sechs Jahren mit großartigem Engagement für Kinder und Bildung im Land Bremen eingesetzt hat. Ich wünsche Claudia Bogedan auch an ihrer neuen Wirkungsstätte viel Erfolg". Und unsere Landesvorsitzende, **Sascha Karolin Aulepp**: „Claudia Bogedan hat sich als Senatorin für Kinder und Bildung große Anerkennung und Respekt erarbeitet. Sie hat mit enormem Engagement viel erreicht. Dafür und für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bin ich ihr als Landesvorsitzende und auch ganz persönlich sehr dankbar. Ich hätte mir gewünscht, dass Claudia den Job weitermacht, gleichwohl respektiere ich ihre Entscheidung." Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion erklärte der Vorsitzende und langjährige Bildungspolitische Sprecher, **Mustafa Güngör**: „Wir sind Claudia Bogedan sehr dankbar für ihre vielen bildungspolitischen Erfolge, die sie in den vergangenen sechs Jahren für Bremen zu verzeichnen hat. Claudia hat der Bildungspolitik in Bremen in den letzten sechs Jahren den Stellenwert verschafft, die sie verdient. Dabei hat sie immer die personelle und finanzielle Ausstattung von Kitas und Schulen fest im Blick gehabt. Dies gilt vor allem für Einrichtungen, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Zu ihren Erfolgen und zur gemeinsamen Arbeit gehört außerdem die Fortsetzung des Bildungskonsenses. Darüber hinaus hat sie die Kitas und Schulen durch die schwierigen Zeiten der Pandemie mit Sicherheit und Augenmaß geführt. Wir wünschen ihr alles Gute. Und wir bleiben verbunden."

Der Landesvorstand schlägt auf Vorschlag von Andreas Bovenschulte einstimmig unsere Landesvorsitzende, Sascha Karolin Aulepp, dem Landesparteitag für die **Nominierung als neue Senatorin für Kinder und Bildung** vor. Die endgültige Wahl zur Senatorin erfolgt dann durch die Bürgerschaft. Die auf sie zukommende Aufgabe beschreibt Sascha so: „Bildungspolitisch stehen wir vor riesigen Herausforderungen. Da ist zum einen der weitere enorme Ausbaubedarf, der sowohl unsere Kitas als auch unsere Schulen betrifft. Mit dem Ausbau verbunden ist die Gewinnung von Fachkräften: Wir brauchen mehr Erzieher:innen, mehr Lehrer:innen und Sozialarbeiter:innen. Der zweite große Komplex sind die enormen Herausforderungen, die sich aus der Corona-Krise ergeben. Völlig unbestritten ist ein großer Aufholbedarf vorhanden, um die eingeschränkte Beschulung unserer Kinder in den letzten Monaten zu kompensieren. Und zusätzlich muss der Weg der Steigerung der Qualität unserer Bildungseinrichtungen konsequent weiterverfolgt werden, auf den wir uns im Bildungskompromiss parteiübergreifend verständigt haben."

Sascha hat aber auch erklärt, dass sie auf dem ordentlichen Landesparteitag am 11./12. Juni 2021 nicht mehr für den **Landesvorsitz** kandidieren wird. Dieser ist auf dem Parteitag neu zu besetzen. ■

WIR LIEBEN BREMEN UND BREMERHAVEN

bremerFORUM-Interview mit Sascha Karolin Aulepp und Andreas Bovenschulte zu zwei Jahre Rot-Grün-Rot im Land Bremen

Man könnte in diesen Tagen den Eindruck gewinnen, als überlagere Corona alles – in der Politik, in der Gesellschaft, im Privaten. Könnt Ihr Begriffe wie Lockdown, Inzidenzzahlen und Kontaktbeschränkungen eigentlich noch hören?
A. Bovenschulte: Klar, Corona bestimmt vieles und da geht es mir nicht anders als allen anderen auch, mir gehen die Einschränkungen gehörig auf die Nerven. Und ich weiß, dass ‚auf die Nerven' gehen noch ein Luxusproblem ist angesichts der gesundheitlichen Sorgen und Existenzängste vieler Menschen in unserem Land und der Trauer um Freunde und Angehörige.

FOTOS: SPD LAND BREMEN

S. K. Aulepp: Ich gestehe, ich bin ein zutiefst „analoger" Mensch. Mir fehlen die direkten Kontakte, die Begegnungen mit Menschen, die Geselligkeit, nicht zuletzt auch im Parteileben. Aber wir haben ein Ziel und wenn ich daran denke, was sich derzeit in unseren Impfzentren und bei unseren Ärztinnen und Ärzten tut, dann dominiert die Zuversicht. Anders gesagt: Begriffe wie ‚Impffortschritt' höre ich unglaublich gern.

Mancher in Bremen und Bremerhaven hatte Skepsis, als es vor knapp zwei Jahren losging mit dem Dreierbündnis Rot-Grün-Rot in Bremen. Und wer hätte vorausgeahnt, dass wir in eine Zeit derartigen Krisenmanagements kommen würden …
S. K. Aulepp: In unserem Koalitionsvertrag haben wir die Grundlagen und Ziele der gemeinsamen Politik festgelegt und ich finde es bemerkenswert, wie es uns trotz Krise und völlig veränderter Rahmenbedingungen gelungen ist, unsere koalitionären Schwerpunkte umzusetzen, auch jenseits der Pandemiebekämpfung.
A. Bovenschulte: Allen, die dachten, es würde schon bei der Aufstellung des ersten Doppelhaushalts ordentlich knirschen im koalitionären Gebälk, denen darf man entgegenhalten, dass wir uns inzwischen schon das zweite Mal geräuschlos auf Haushaltseckwerte verständigt haben – mit klaren Akzenten trotz der erschwerten Ausgangslage durch Corona.

Was bedeutet denn die Corona-Pandemie für den Haushalt?
A. Bovenschulte: Ohne Zweifel sind die finanziellen Belastungen durch die Corona-Krise hoch und wir müssen verantwortungsvoll mit ihnen umgehen. Das betrifft sowohl die zusätzlichen Ausgaben, die notwendig sind, um die Krise zu bewältigen. Das betrifft aber auch die wegbrechenden Einnahmen, die nicht nur unser Bundesland vor riesige Herausforderungen stellen. Wir rechnen für jedes Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen, das ist kein Pappenstiel.
S. K. Aulepp: Die rot-grün-rote Koalition ist angetreten für ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Bremen und Bremerhaven. An diesem Ziel halten wir fest. Aber die Rahmenbedingungen sind schlechter als wir beim Start der Koalition gedacht haben.

Es gibt die Befürchtung, dass wir gegen die Krise ansparen müssen.
A. Bovenschulte: Die Befürchtung ist unbegründet. Wir haben mit unserem Bremen-Fonds, der über eine Milliarde Euro umfasst, die wir zusätzlich am Kreditmarkt aufgenommen haben, rechtzeitig Vorsorge getroffen. Der Lockdown war und ist zur Pandemiebekämpfung notwendig, obwohl die Maßnahmen schwerwiegende, zum Teil existenzielle Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft haben. Tatsächlich ist kein anderes Bundesland wirtschaftlich so stark von der Corona-Pandemie betroffen wie Bremen, das gehört zu unserer Realität als exportorientierter Standort. Es ist sinnvoll, in dieser Phase über Kredite das aufzufangen, was sonst in unserem Bundesland nachhaltig kaputtgehen würde.
S. K. Aulepp: Stimmt, Sparen wäre der völlig falsche Weg! Wir setzen die im Koalitionsvertrag vorgesehenen und im letzten Doppelhaushalt angelegten Schwerpunkte auch jetzt weiter um. Die Richtung stimmt, ein Rückwärts gibt es für uns nicht, auch wenn die Größe der Schritte kleiner ist als wir es uns gewünscht haben. Gerade jetzt brauchen wir Investitionen in die Zukunft. Ein handlungsfähiger Staat ist wichtiger denn je.

Nach außen ist es halbwegs ruhig in der Koalition, wie sieht es innen aus? Und wie steht es mit der Opposition?
S. K. Aulepp: Die verschlechterten Rahmenbedingungen haben natürlich auch den einen oder anderen Konflikt ausgelöst, aber offen gesagt: Das ist keine ideologische Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Es ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, dass wir unsere Bildungs-Anstrengungen ganz besonders da verstärken müssen, wo die Herausforderungen groß sind. Das wissen aber auch die Grünen. Und auch den Linken ist bewusst, dass Sicherheit und Sauberkeit für die Lebensqualität in den Quartieren oben auf der Tagesordnung stehen. In unseren gemeinsamen Zielsetzungen gibt es große Übereinstimmung, das hat sich nicht geändert.
A. Bovenschulte: CDU und die FDP machen keine seriöse Oppositionspolitik, das muss man mal ganz deutlich sagen. Die fordern in allen Bereichen Mehrausgaben, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen sollen, mehr tun sollen. Und gleichzeitig wollen sie die finanziellen Rahmenbedingungen verschlechtern, versprechen Steuererleichterungen, und wehren sich dagegen, dass wir über den Bremen-Fonds zusätzliche Möglichkeiten schaffen, mit der Krise umzugehen. Das ist doppelzüngige Politik.

Bildung ist unser Schwerpunkt – bleibt das auch so?
S. K. Aulepp: Ja, im Bildungsbereich und bei der frühkindlichen Bildung würden wir gerne viel mehr tun als wir derzeit leisten können. Aber, und das muss auch gesagt werden, kein anderer Bereich wächst so stark, kein anderer Bereich hat bei der Aufstellung der Eckwerte eine dreistellige Millionensumme zusätzlich bekommen.
A. Bovenschulte: Das hat natürlich auch was mit den steigenden Kinderzahlen zu tun und den damit nötigen Schulplätzen. Und das hat was damit zu tun, dass wir gerade in den Quartieren, die bislang unterausgestattet sind, die Zahl der KiTa-

ZUR PERSON:

FOTO: PRIVAT

Andreas Bovenschulte ist seit Mitte August 2019 Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Im Juni des Jahres war er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewählt worden. Zuvor war der promovierte Jurist ab 2014 Bürgermeister in Weyhe und von 2010 bis 2013 Landesvorsitzender der Bremer SPD. Andreas Bovenschulte ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Violenstraße 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Marieke Meinhart (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

Plätze sowohl für die unter Dreijährigen als auch für die über Dreijährigen massiv erhöhen wollen und werden. Ja, das kostet Geld, aber das sind wir bereit in die Hand zu nehmen.

Und was ist mit den anderen sozialdemokratischen Herzensthemen?
A. Bovenschulte: Auch in den Bereichen Gesundheit und Wissenschaft werden Personal, Sachmittel und Investitionen zum Teil erheblich aufgestockt. Es geht weiter mit unseren quartiersbezogenen Programmen, mit der Stärkung der Jugendarbeit und mit mehr Sicherheit und Sauberkeit. Der Klimaschutz wird als Querschnittsaufgabe für alle Ressorts erheblich aufgestockt. Und nicht zuletzt stecken im Doppelhaushalt 2022/2023 auch mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
S. K. Aulepp: Bei allen Erfolgen gehört zur Wahrheit dazu, dass wir dringend mehr finanzielle Spielräume brauchen für eine Politik, die nah an den Bedürfnissen der Menschen ist – in Bremen und Bremerhaven wie in anderen Kommunen und Ländern. Mit Blick auf die Bundestagswahl müssen wir daher alles daransetzen, dass wir eine progressive Regierung bekommen, die Zukunftsinvestitionen ins Zentrum stellt, die für eine Gegenfinanzierung über eine Besteuerung hoher Vermögen und die für einen gerechten Lastenausgleich sorgt. Dazu braucht es eine starke SPD, dafür braucht es einen Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die „Bild am Sonntag" hatte vor kurzem die Kompetenzwerte der Kanzler:innen-Kandidat:innen erhoben und da kam Olaf Scholz gerade bei den Themen Finanzen, Wirtschaft und Arbeit besonders gut weg.
A. Bovenschulte: Dass einem Bundesfinanzminister die höchste Kompetenz zugeschrieben wird, die Staatsfinanzen sanieren zu können, ist ja vielleicht noch nicht so bemerkenswert. Aber der deutliche Vorsprung von Olaf Scholz beim Sichern des Wirtschaftswachstums, auch im Vergleich zum CDU-Mann Laschet, das ist schon schön.
S. K. Aulepp: Mich freut das Zutrauen in unseren Kanzlerkandidaten, Arbeitsplätze zu schaffen. Das zeigt, dass wir als SPD alle Chancen haben, die Themen zu besetzen, die gerade auch in der Krise zentral sind, und dieses Vertrauen in Zustimmung für unsere Politik umzumünzen.

Zum Schluss noch das Thema Wechsel an der Spitze des Ressorts Kinder und Bildung: Im Sommer steht der Abschied von Claudia Bogedan als Senatorin an und durch die Nachfolgenominierung auch ein Abschied von Dir, Sascha, als Landesvorsitzende.
S. K. Aulepp: Ich habe in den vergangenen sechs Jahren mitbekommen, wie Claudia sich reingekniet hat in ihre Aufgabe. Allein der Ausbau der frühkindlichen Betreuung, das hat es in dieser Geschwindigkeit noch nie gegeben. Als Bildungssenatorin muss man einiges an hochemotionalen Debatten aushalten. Ich möchte einfach Danke sagen, liebe Claudia.
A. Bovenschulte: Auch mein Dank gilt Claudia, ich respektiere ihre Entscheidung, aber ich bedauere sie natürlich. Mit Sascha haben wir eine sehr gute Nachfolgerin, aber wir verlieren eine Landesvorsitzende. Ich weiß, was du geleistet hast, unseren Laden beisammen und auf Kurs zu halten, liebe Sascha, und so sehr ich mich freue, dich im Kreis der Senatorinnen und Senatoren begrüßen zu dürfen, so sehr werde ich dich als unsere Landesvorsitzende vermissen. ■

ZUR PERSON:

FOTO: SPD LAND BREMEN

Sascha Karolin Aulepp ist seit April 2016 Landesvorsitzende der Bremer SPD. Sie lebt seit fast 30 Jahren in Bremen und hat zwei Kinder. Sie ist Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ihr Beruf als Jugendrichterin ruht. Politisch engagiert sie sich seit ihrer Schulzeit: bei den Falken, in der Frauen- und Friedensbewegung und in der SPD. Sie ist Gewerkschaftsmitglied mit dem Anliegen, die Arbeit zwischen SPD und Gewerkschaften zu stärken.

– Anzeige –

INFO

FRAKTION IM NETZ

Facebook Live:
SPD-Fraktion lädt zu zwei Diskussionsrunden ein

Mit zwei Veranstaltungen lädt die SPD-Fraktion Interessierte zu einer Diskussion auf der Plattform Facebook ein.

Am Freitag, **21. Mai**, ab 16 Uhr diskutiert Antje Grotheer, Sprecherin für Europa und Gleichstellung der SPD-Bürgerschaftsfraktion, im Rahmen der Europawoche mit der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl über das Thema **„Häusliche Gewalt – ein Kampf ohne Grenzen“**.

Am Donnerstag, **10. Juni**, ab 18.30 Uhr diskutiert der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, unter anderem mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Nils Winter, über **Corona und die Folgen für die Bremer Polizei**.

Beide Diskussionen sind auf der Facebook-Seite der SPD-Fraktion zu sehen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

www.facebook.com/spd.fraktion.bremen

FOTO: THISISENGINEERING/PEXELS

Gute Zukunft für Wirtschaft und Arbeitsplätze: Die SPD-Fraktion hat dazu Positionen formuliert

FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT

SPD-Fraktion legt Positionspapier vor und nennt Eckpunkte, wie die künftige Entwicklung von Gewerbeflächen aussehen soll

Das Gewerbeentwicklungsprogramm soll fortgeschrieben werden – und damit verbunden ist die Frage, auf welcher Grundlage die künftige Gewerbeflächenpolitik in Bremen gestaltet werden soll. Die SPD-Fraktion hat diese Frage nun für sich geklärt und zentrale Eckpunkte in einem Positionspapier zusammengefasst.

„Für uns als SPD-Fraktion steht im Mittelpunkt: Wir müssen neuen Unternehmen die Möglichkeit geben, sich anzusiedeln und bereits ansässigen Unternehmen ermöglichen, sich zu vergrößern. Denn nur so können Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden“, sagt Mustafa Güngör, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Und der wirtschaftspolitische Sprecher, Volker Stahmann, ergänzt: „Wir können nicht erst Flächen erschließen, wenn Anfragen von Unternehmen vorliegen. Deswegen brauchen wir eine ausreichend große Dispositionsreserve.“

Konkret heißt das: Angesichts der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren durchschnittlich 30 Hektar Gewerbefläche vermarktet wurden, sollen aus Sicht der SPD-Fraktion 100 Hektar vermarktbare Fläche vorgehalten werden. Vorrangig wichtig seien dabei eine Nachverdichtung und effektive Nutzung von Bestandsgebieten. Doch dürfe auch die Erschließung neuer Flächen nicht ausgeschlossen werden. So macht sich die SPD-Fraktion dafür stark, den Technologiepark in Richtung Schwachhausen/Horn durch Nutzung der ‚Horner Spange‘ – das Dreieck südlich der Bahnstrecke, in dem nicht von Kleingärten besetzten Gebiet an der Verlängerung der Hermann-Henrich-Meier-Allee – zu erweitern und die im Koalitionsvertrag vereinbarte Prüfung etwaiger weiterer Flächen im Umfeld des Flughafens umgehend anzugehen. Sie plädiert zudem für eine aktive Bodenpolitik und die Möglichkeit zur Vergabe von Flächen in Erbpacht. Grundstücksverkäufe sollen aber weiterhin möglich sein – mit einem städtischen Vorkaufsrecht bei einem Rückkauf. Weiterentwickelt werden soll auch die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Umland wie beim Beispiel Achim. Auch sollen Unternehmen kleinteilige Flächen zur Verfügung stehen und gemischt genutzte Quartiere weiter gefördert werden.

„Gewerbeflächen sind aber mehr als die Flächen“, betont Stahmann. „Es geht hier wesentlich um die qualitative Ausstattung wie die verkehrliche Anbindung, aber auch die digitale Infrastruktur.“ Im Rahmen einer Qualitätsoffensive fordert die Bremer SPD-Bürgerschaftsfraktion daher in den Gewerbegebieten moderne digitale Standards, eine umfassende verkehrliche Anbindung vom Rad bis zum ÖPNV, eine klimafreundliche Energieversorgung, klimaschützende Baustandards, Sharing-Konzepte und eine gute Nahversorgung. ■

VORSCHLÄGE ZUR ZUKUNFT DER INNENSTADT

Mustafa Güngör und SPD-Fraktion bringen sich in Diskussion ein

Am 30. April fand im Rathaus der zweite Innenstadtgipfel statt. Für die SPD-Fraktion nahm ihr Vorsitzender Mustafa Güngör an der hochrangig besetzten Runde teil. Und im Rahmen des Gipfels formulierte der Sozialdemokrat auch die Vorstellungen, die er und seine Fraktion zur Zukunft der Innenstadt haben.

„Wir müssen die City familienfreundlich gestalten“, nannte Güngör einen ersten Punkt. Die Innenstadt müsse zu einer Erlebniswelt werden, die Familien mit Kindern Gründe für einen Besuch bietet. So forderte er etwa eine Aufwertung des Spielbereichs im Hanseatenhof und die Schaffung eines Indoor-Eltern-Kind-Spielcafés für Tage mit schlechtem Wetter.

Auch zum Thema Verkehr äußerte Güngör seine Vorstellungen. So spreche die SPD-Fraktion sich dafür aus, dass die Haltestellen an der Domsheide zusammengelegt werden. Vor einer Entscheidung, wo genau dies geschieht, sollen aber zunächst weitere Daten ausgewertet werden. Für die Straße am Wall forderte sie bessere Querungen und Verbindungen in die Innenstadt. Gleiches gelte für die Martinistraße, die nach Ansicht der SPD-Fraktion dauerhaft zweispurig gestaltet werden soll. Plänen für eine Einbahnstraße erteilte Güngör eine Absage.

Zu prüfen seien außerdem vorübergehende, aber auch dauerhafte gastronomische Angebote in den Wallanlagen. Und auch ganz generell soll die Innenstadt ihr Gesicht verändern. „Wir wollen die Bereiche Kultur, Bildung und – sozial gemischtes – Wohnen stärker in der City verankern, also Wohnraum und einen Standort für die Hochschule schaffen“, so Güngör.

Für die weitere Entwicklung brauche es eine Innenstadtkoordination, eine zentrale Stelle, die im Rathaus angesiedelt werden soll. Güngör sagte, nötig sei ein „Kümmerer, der die Maßnahmen und Ideen bündelt, koordiniert und dann auch umsetzt“. Zudem will Güngör junge, kreative Köpfe etwa aus den Hochschulen in die Planung der Innenstadt einbeziehen, um zusätzliche Ideen und frische Impulse zu erhalten. „Dazu sollten wir einen Kreativgipfel einberufen“, so Güngör, „und die Ergebnisse dieses Treffens sollten gleichrangig neben denen des Innenstadtgipfels stehen.“ ■

FOTO: SPD-FRAKTION

Wie die Innenstadt sich verändern soll, ist derzeit Gegenstand einer breiten Diskussion